

**Bayerische SPD-Landesgruppe
Pressestelle**

**Gute-Arbeit-Newsletter Nr. 12
11. Dezember 2008**

1. Pendlerpauschale: Karlsruher Urteil bestätigt Position der BayernSPD

Am Dienstag hat das Bundesverfassungsgericht sein Urteil zur Pendlerpauschale verkündet: Es hat die Kürzung, die seit 2007 galt, als verfassungswidrig eingestuft und festgelegt, dass die davor geltende Pauschale in Höhe von 30 Cent pro Entfernungskilometer wieder gilt. Die BayernSPD hat sich von Anfang an gegen den Widerstand der CSU für die Beibehaltung der Pendlerpauschale ab dem 1. Kilometer eingesetzt. Schließlich sind in einem Flächenland wie Bayern viele Menschen dazu gezwungen, täglich weite Strecken zu ihrem Arbeitsplatz zurückzulegen. Die CSU und ihr früherer Vorsitzender Erwin Huber haben die Pendlerpauschale zu Grabe getragen. Davon wollen sie heute nichts mehr wissen.

Infos unter <http://bayernspd.de/news/bayernspd-zum-bundesverfassungsurteil-zur/>

2. Erbschaftsteuer: Trotz langer CSU-Blockade gutes Ergebnis erzielt

In der ersten Dezemberwoche ist die Reform der Erbschaftsteuer von Bundestag und Bundesrat beschlossen worden. Das ist ein Punktsieg für mehr soziale Gerechtigkeit. Wer ein großes Vermögen erbt, muss der Gemeinschaft etwas abgeben, damit in Bildung und Infrastruktur investiert werden kann. Die SPD rechnet mit Einnahmen bis zu fünf Milliarden Euro im Jahr.

Trotz CSU-Blockade ist ein taugliches Ergebnis rausgekommen: So werden die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschützt. Wenn ein Firmenerbe den Betrieb zehn Jahre lang weiterführt und die Beschäftigten den gleichen Lohn bekommen wie in den fünf Jahren zuvor, dann fällt keine Erbschaftsteuer an. Wird der Betrieb früher aufgegeben, muss der Firmenerbe zahlen.

Die Reform begünstigt zudem die direkten Angehörigen: Die Freibeträge für Ehepartnerinnen und –partner, für Kinder und Enkel wurden erhöht. Zudem können Eigenheime steuerfrei vererbt werden, wenn der Ehepartner oder die Ehepartnerin dort zehn Jahre lang wohnt. Für Kinder gilt die gleiche Regelung, wenn die vererbte Wohnung oder das Haus nicht größer ist als 200 Quadratmeter. Ein Erfolg ist, dass die gleichgeschlechtlichen Lebenspartner den Eheleuten gleichgestellt sind.

3. Arbeitsmarktpolitik: Fallmanager bekommen mehr Spielraum

Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente werden weiterentwickelt. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde ebenfalls in der ersten Dezemberwoche verabschiedet. Demnach haben Fallmanager/innen künftig größere Spielräume, um insbesondere Langzeitarbeitslose zu unterstützen. Sie sollen entscheiden, was für die Person, die vor ihnen sitzt, notwendig ist. Ziel ist: Der Arbeitsuchende soll von Anfang an passgenau dabei unterstützt werden, möglichst schnell wieder eine Stelle zu finden. Auch das Nachholen des Hauptschulabschlusses wird geregelt: Das Recht auf eine zweite Chance ist Gesetz geworden.

Wichtig ist auch die verbesserte Sprachförderung für Migranten und Migrantenkinder. Wer schlecht Deutsch spricht, soll Sprachkurse besuchen, um seine Chancen bei der Jobsuche zu verbessern.

Infos unter http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs_dok/0,,44844,00.html

4. Bildung: CSU blockierte Schulbedarfspaket für Oberstufe

In Bayern hängt Bildung vom Geldbeutel der Eltern ab. Jetzt hat die CSU auch noch verhindert, dass Jugendliche aus ärmeren Elternhäusern ab der 11. Klasse noch vom Schulbedarfspaket profitieren. Eine Unterstützung von 100 Euro für Unterrichtsmaterialien, Bücher, Schultaschen usw. bekommen Schülerinnen und Schüler mit wenig Geld nur bis zur 10. Klasse. So sieht es das Familienleistungsgesetz vor, das Anfang Dezember im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde. Die Ausdehnung bis zur Jahrgangsstufe 13 hätte einen vergleichsweise geringfügigen finanziellen Mehraufwand von 17 Millionen Euro bedeutet. An diesem Beispiel wird die Scheinheiligkeit deutlich, mit der Horst Seehofer in Bayern regiert. „Die Gräben zwischen Arm und Reich (...) abzumildern, bleibt eine zentrale Aufgabe für mich“, sagte Seehofer am 5. November 2008 im Donaukurier. Typisch CSU: Sozial reden und unsoziale Politik machen.

Infos unter <http://bayernspd.de/news/csu-verhindert-schulbedarfspaket-bis-zur-13-klasse/>

5. Soziales Europa: Betriebsräte aus Bayern kamen zur Konferenz nach Berlin

„Aufstehen für ein soziales Europa“ – das war das Thema der zweiten Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion in diesem Jahr. Der Einladung von Andrea Nahles und Fraktionschef Peter Struck folgten Anfang Dezember über 350 Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Personalrätinnen und Personalräte aus ganz Deutschland. Auf dem Podium saßen u.a. Bernhard Rapkay, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament, der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg und Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan. Peter Struck informierte über Erbschaftsteuer, Finanzkrise und Konjunkturprogramm. Andrea Nahles berichtete über das Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und über den Stand der beiden Mindestlohn-Gesetze. Die Betriebsrätinnen und Betriebsräte fragten nach und berichteten aus ihren Betrieben. Der Missbrauch bei der Leiharbeit, Mindestlohn und Mitbestimmung standen dabei im Vordergrund.

Infos unter http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs_dok/0,,45764,00.html

6. Arbeitnehmerrechte: SPD-Landesgruppe solidarisiert sich mit NORMA-Beschäftigten

Mehrere bayerische SPD-Bundestagsabgeordnete haben sich an dem Aufruf von ver.di-Bayern beteiligt und eine Solidaritätserklärung an die Leitung von NORMA geschickt. Ver.di hatte berichtet, dass die Beschäftigten einer Coburger Filiale von der NORMA-Leitung unter Druck gesetzt worden seien, nachdem sie einen Betriebsrat gegründet haben. Die Abgeordneten forderten in ihrem Solidaritätsbrief, dass Arbeitnehmerrechte geachtet und gewählte Betriebsräte respektiert werden.

7. Meister-Bafög: Fortbildungen werden verstärkt gefördert

Bildung ist ein zentrales Thema für die SPD. Jetzt hat die SPD das Thema Fortbildung aufgegriffen und einen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Meister-BAföG initiiert, der vergangene Woche in 1. Lesung im Deutschen Bundestag beraten wurde. Unabhängig vom Alter sollen Beschäftigte eine Förderung für eine Fortbildung erhalten, selbst wenn die Qualifizierung mit der Erstausbildung nichts zu tun hat. Verbessert werden soll außerdem: Wer sich fortbilden will und Kinder hat,

soll eine bessere Unterstützung bekommen. Zudem wird die Förderung einer Fortbildung an ihren Erfolg geknüpft. Bei Bestehen der Abschlussprüfung werden 25 Prozent der Gebühren erlassen.

Infos unter http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs_dok/0,,45276,00.html

8. Leiharbeit: Neue Broschüre fasst alles zum Thema zusammen

Die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der Bayerischen SPD-Landesgruppe, Anette Kramme, hat eine Broschüre zum Thema Leiharbeit vorgelegt. Darin stellt sie die wichtigsten Zahlen zur Leiharbeit vor, geht auf die aktuelle Rechtslage, auf die Lohnsituation und die Entstehung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes ein. Die Rechte des Betriebsrats im Entleihunternehmen, die Leiharbeitnehmerrechte, Betriebsvereinbarungen und Firmentarifverträge für Leiharbeit werden behandelt. Schließlich werden Vorschläge zum Umgang mit der Leiharbeit gemacht. Die Broschüre kann im Berliner Büro von Anette Kramme bestellt werden unter anette.kramme@bundestag.de oder unter 030-227 71462.

9. Und zum Schluss: Frohe Weihnachten wünscht die SPD-Landesgruppe!!



V.i.S.d.P.:

Larissa Schulz-Trieglaff

Pressereferentin

Bayerische SPD-Landesgruppe

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin